

leinerziehende und Mütter, die wegen zu geringer Einkommen der Väter arbeiten müssen, und Plätze in Kindertagesstätten oder Tagespflegestellen * Sorge um Schulabgänger und Jugendliche ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz * Sinnvolle Freizeitangebote oder (ehrenamtliche) Arbeit für Frührentner * Wohnungsprobleme der Geringverdienenden * Hilfe für psychisch durch Leistungsdruck und zwischenmenschliche Probleme am Arbeitsplatz Überforderte * Ausländische Arbeitnehmer und ihre Sorgen * Arbeitslosigkeit mit ihren Folgen * Schuldnerberatung, Lebensberatung.

An einem »runden Tisch« kann man Unternehmer des Ortes und Interessierte mit Arbeitnehmern zusammenführen, diese Themen und Handlungsvorschläge beraten und die Soziallehre der Kirche näherbringen. Im Gemeindegottesdienst dürfen und sollen diese Bereiche thematisiert werden. Auch der Schaukasten und die Öffentlichkeitsarbeit der Pfarrei können sich dafür öffnen. Betriebsbesuche im Ort sind die Pforte zu vertiefenden Kontakten; auch Handwerksbetriebe und Behörden sollen dabei sein. Begegnungsabende mit Ausländern bauen Brücken. Betriebs- und Personalräte fühlen sich durch eine Einladung angesprochen. Ökologie und Ökonomie sind auch für ortsnahe Produktionsstätten aktuell; dazu können auch Gesprächspartner aus Politik, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden mit kirchlichen Experten zusammengebracht werden.

Dieser Sachausschuß wird bei all seinen Aktivitäten besonders auf die Zusammenarbeit mit KAB und Kolping setzen.

»Staat, Politik, Gesellschaft«

Für die Einrichtung eines Sachausschusses »Staat, Politik, Gesellschaft« sprechen gute Überlegungen. Die Sachkommission V der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland schrieb schon 1973:

»Die Kirche ist durch ihr bloßes Dasein ein Politikum. Sie wirkt immer auch in den politischen Raum hinein, ob sie handelt oder untätig ist. Denn die Verkündigung der Wahrheit hat politische Wirkung, ebenso wie das Eintreten für die Freiheit, die Gerechtigkeit, die Versöhnung, den Frieden, die Menschenwürde, den Schutz der Schwachen, die Verdammung des Machtmißbrauchs und die Erfüllung des Gebots der Nächstenliebe.«

Die Kirche muß sich nicht erst eigens in die Politik und Gesellschaft »einmischen«, sie steckt schon mittendrin. Es ist also nur vernünftig, diese »natürliche Verstrickung« in die Welt bewußt zu gestalten. Genau darin besteht der Weltdienst der Kirche.

Der immer schnellere Wandel kultureller, wirtschaftlicher, sozialer und damit auch politischer Gegebenheiten und die raschen Veränderungen in den Grundeinstellungen, der »Wertewandel«, erfordern aufmerksame und kritische Begleitung durch die Kirche und ihr Auftreten gegen den Verlust der für die Gemeinschaft unverzichtbaren Grundwerte und Tugenden. Dabei sind die Laien gefordert.

Es geht um die sogenannte große Politik, von der der »kleine Mann«, die Frau, die Familie, die Kinder in unserer unmittelbaren Nachbarschaft betroffen sind. Es geht ebenso um kommunale Fragen und politische Aktivitäten in der eigenen Gemeinde. Oft sind es die kleinen Schritte, die große Entwicklungen auf den Weg bringen.

Der Sachausschuß kann seine Bemühungen auf zwei Anliegen ausrichten. Einmal geht es um die Strukturen, auf denen unser gesellschaftliches Leben und unsere öffentliche Ordnung aufgebaut sind. Jede politische Entscheidung verändert sie und wir müssen mitdenken, ob wir die Richtung der Entscheidung unterstützen oder ablehnen sollen. Zum anderen geht es um die Menschen, die als handelnde Politiker für uns, aber auch über uns entscheiden. Wir sollen überlegen, wen wir fördern. Dabei dürfen wir Männer und Frauen, die aus christlicher Überzeugung politisch aktiv sind, nicht allein lassen. Wir dürfen aber auch überlegen, wem wir entgegenzutreten müssen.

Die politische Gemeinde liegt jedem Bürger und jeder Bürgerin am nächsten. Deshalb, und weil die Kommunalpolitik nicht selten auch unmittelbar ins pfarrliche Leben eingreift, stehen Gemeinderat, Stadtrat und Kreistag zuerst im Blickfeld. Der Bau eines kommunalen Kindergartens oder die Bestimmung der Trägerschaft für eine Sozialstation sind beispielsweise Absichten, die nicht immer mit pfarrlichen Überlegungen harmonieren. Der Sachausschuß muß sich deshalb möglichst schon im Planungsvorstadium informieren und gegebenenfalls einschalten. Wichtige Entwicklungen beginnen mit der Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen. Dort werden Fragen des Arbeitsplatzes und der Wohnung, z. B. des sozialen Wohnungsbaues, vorherbestimmt,

Kinderspiel- und Bolzplätze vorgesehen oder, weil sie der Nachbarschaft unangenehm sind, verhindert; dabei müssen Krippe, Kindergarten und Hort frühzeitig eingeplant werden, wenn spätere Notlösungen an ungünstigen Standorten vermieden werden sollen. Die politische Gemeinde trägt auch große soziale Verantwortung für Familien, Alleinerziehende, Kinder und Jugendliche, Alte, Behinderte, Ausländer. Fragen des Verkehrs und des Umweltschutzes kommen hinzu. Auch für Bildung und Kultur besteht ein erhöhtes Interesse katholischer Christen.

Die Teilnahme an Bürgerversammlungen und die Einladung von Kommunalpolitikern durch den Sachausschuß sind Möglichkeiten der Information und Einflußnahme. Und ein kommunalpolitisches Prioritätenprogramm eines Katholikenrates wird von den Parteien beachtet!

Auch die Politik des Landes und Bundes greift in das Leben jedes Menschen der Gemeinde ein. Der PGR kann, darf und soll gegenüber den örtlichen Abgeordneten oder an die Adresse der in München oder Bonn federführenden Politiker eigene Stellungnahmen abgeben, wenn er sich mit einer Sache eingehend beschäftigt hat und zu konkreten Aussagen gelangt ist. Im politischen Willensbildungsprozeß werden unsere Beiträge ernst genommen. Der Sachausschuß »Staat – Politik – Gesellschaft« soll auch jenen Frauen und Männern Mut machen, die in die Politik gehen oder sich mit dieser Absicht tragen. Er soll die am Ort oder im Umkreis beheimateten aktiven Politiker und Politikerinnen freundschaftlich-kritisch begleiten. Und nicht zuletzt: Der Nachwuchs bewußt christlicher Politiker und Politikerinnen bedarf der Ermunterung zum gesellschaftlichen und politischen Engagement, eine bedeutende Aufgabe dieses Sachausschusses.

Politik, Staat und Gesellschaft gehen jede und jeden an. Die Gemeinsame Synode von Würzburg erklärte dazu, daß kein Christ nur Zuschauer bleiben darf, sondern mittragen soll:

»Der einzelne Christ ist aufgrund seiner Sendung und Berufung im Rahmen seiner Fähigkeiten und Möglichkeiten zum politischen Engagement verpflichtet. Dies ist seine persönliche Verantwortung, die er niemals ganz an Verbände, Räte und Einrichtungen übertragen kann.«